

München, 24.01.2022

## SPD-Landtagsfraktion: Transformation der Wirtschaft durch aktive Standortpolitik voranbringen

**Wirtschaftspolitische Sprecherin Annette Karl: Produktionsstätten für Halbleiter nach Bayern holen**

Angesichts der weltweiten Lieferengpässe auf dem Halbleiter-Markt und dem Ziel der Staatsregierung, den Freistaat besser in der Halbleiter-Technologie zu positionieren, fordert die SPD-Landtagsfraktion von der Staatsregierung in einem aktuellen **Antrag**, sich für Bayern als Produktionsstandort von Halbleitern verstärkt einzusetzen. **Annette Karl**, wirtschaftspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, verlangt von der Staatsregierung eine aktive Standortpolitik. "Leider hat die Staatsregierung in der Vergangenheit die Chance nicht genutzt, Bayern als zentralen Halbleiterstandort zu etablieren. Dies fällt uns in der jetzigen Versorgungskrise auf die Füße. Der Chipmangel hemmt die Transformation der Automobilindustrie zur Elektromobilität und beeinträchtigt die Digitalisierung. Die Staatsregierung darf den gleichen Fehler nicht noch einmal machen und muss alle Möglichkeiten nutzen, um den Halbleiterhersteller TSMC nach Bayern zu holen und um die Halbleiter-Technologie in Bayern zu forcieren", so Karl. Dies erfordere eine aktive Beteiligung Bayerns an den Gesprächen zwischen Hersteller und Bundesregierung, um Anreize für eine positive Entscheidung zu Gunsten Bayerns auszuloten und um für Bayern als Standort zu werben.

Seit vergangenem Jahr sei der Fachpresse zu entnehmen, dass der weltweit drittgrößte Hersteller von Halbleitern und der weltweit größte unabhängige Fertiger von Halbleitern, TSMC, sich in Gesprächen mit der Bundesregierung über einen möglichen Standort für eine Fabrik in Deutschland befinde, so Karl. Bislang stünde für das Unternehmen noch kein Standort fest. "Bayern bietet als weltweit bekannter Hochtechnologie-Standort mit exzellent ausgebildeten Fachkräften sowie ausreichend finanziellen Mitteln die besten Voraussetzungen für solch eine Produktionsstätte," betont die Wirtschaftsexpertin Karl. "Das müssen wir im Sinne unserer Wirtschaft und guten Beschäftigungsverhältnissen vor Ort nutzen".